

Augsburger Kommunalwahl 2014

OB-Kandidat/in der Linken – Aufstellungsversammlung der Partei Die Linke

30. Juli 2013 im Zeughaus

Eigentlich war der Fall klar – für die meisten jedenfalls: der OB Kandidat der Linken heißt Alexander Süßmair. So war es jedenfalls bereits vorab in der Presse verkündet worden.

Überraschend gab es nun aber doch eine Gegenkandidatin. Elli Frana-Feininger stellte sich ebenfalls zur Wahl. Eine ausreichende Zeit für ihre Vorstellung (20 min) musste sie sich allerdings erst einmal erkämpfen.

In ihrem Statement wurde deutlich, dass es auch im männerdominierten Kreisverband (ca.75 % der Mitglieder in der Linken KV Augsburg sind männlich) lohnt, um Frauenpositionen zu streiten.

Elli Frana-Feiningers Redebeitrag zielte auf eine andere Auffassung von demokratischer Willensbildung in einer Partei und auf ein Arbeiten im Team.

Zitat aus dem Redebeitrag: „Die Stadtratsgruppe der Linken besteht im Moment aus zwei Männern.

Diese sind zwischen 35 und 40 Jahre alt, alleinstehend, haben keine Kinder, sind nicht in einem lohnabhängigen



Arbeitsverhältnis beschäftigt, und sind ohne Migrationshintergrund. Dies ohne Wertung, rein statistisch betrachtet. Aber damit besteht unsere Stadtratsgruppe zu 100 % aus Menschen, die nur einen kleinen Teil der gesamten Stadtgesellschaft widerspiegeln. D.h. auch: Wir repräsentieren im Stadtrat keine Migranten, keine Frauen, keine Rentner, keine Familien und keine Jugendlichen. Darüber sollten wir nachdenken.

... Wie finden wir zu einem Kompetenzerwerb durch Gruppenintelligenz?

Kreativität entwickeln und umsetzen in brauchbare Vorschläge, Konzepte mündend in konkrete Anträge – mehr Input ist mehr Output

Wenn eine Machtfrage gestellt wird – sollte die eigentlich nur heißen: Wer macht was?“

Das Wahlergebnis lautete: 19 Stimmen für Alexander Süßmair – 6 Stimmen für Elli Frana-Feininger. Eine Basis auf der frau aufbauen kann, meint Elli F. Im Folgenden ihr Redebeitrag.

Bewerbungsrede als OB-Kandidatin der Augsburger Linken von Elli Frana-Feininger, Zeughaus, 30. Juli 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich heiße Elli Frana-Feininger, bin 55 Jahre alt, habe drei Kinder, erwachsene, ich bin Mitglied bei ver.di, arbeite bei der Justiz, mein Sternzeichen ist Waage, das steht für Balance und ausgleichende Gerechtigkeit

Ich wollte euch ein paar Fragen stellen:

1. Warum stehe ich hier und kandidiere für die Aufstellung als Oberbürgermeisterkandidatin der Linken?

Die Frage werde ich am besten selbst beantworten.

Ich finde, dass mehr Frauen in die Politik gehören. Frauen sind immer die Draufzahlerinnen bei der gegenwärtigen Innen- und Außenpolitik. Frauen haben zwar auf dem Papier die gleichen Rechte, doch konkret erhalten Frauen meistens weniger Lohn für die gleiche Arbeit, Frauen sind durch ihre Arbeit in der Familie benachteiligt,

- weil diese nicht bezahlt wird,
- weil sie beim Wiedereinstieg in das Berufsleben bereits einige Abzweigungen für eine besser bezahlte Stellung verpasst haben,
- weil sie wegen ihrer geringeren Beiträge in die Rentenkasse auch später weniger Rente bekommen,
- weil sie die verkorkste Schulpolitik als Mutter an erster Stelle ausbaden dürfen,
- weil **sie** diejenigen sind, die den Zweit- und Drittjob annehmen.

Inzwischen gibt es ja eine neue Berufsgruppe, die heißt Aufstocker. Inzwischen haben wir 1,3 Mio. Aufstocker in der BRD. D.h. 1,3 Mio. Menschen, die einen Zusatzverdienst zum ALG II brauchen, um überleben zu können.

Teilzeitarbeit ist in der Regel Frauenarbeit: Kassiererin, Putzfrau, Zeitungsaustragen.

Außenpolitik. Außenpolitik heißt im Kapitalismus Krieg, der findet, soweit es geht, im Ausland statt. Wo der Krieg stattfindet, verlieren Frauen ihre Wohnung, ihr Haus, ihre Männer, ihre Kinder usw., werden vergewaltigt, traumatisiert usw.

Kriege sind immer Fluchtursachen und wie die Flüchtlinge hier untergebracht sind, ist ein Skandal. In Augsburg gibt jetzt wieder ein neues Flüchtlingslager in der Ottostraße, statt endlich die flüchtigen Menschen in ordentlichen Wohnungen unterzubringen.

Warum werden Frauen immer nur Familienministerin, Sozialministerin, vielleicht grade noch Justizministerin?

Die Außen- und Wirtschaftspolitik ist in der Regel männlich besetzt. Wenn Frauen für diesen Posten infrage kommen, sind das leider solche wie Madeleine Albright. Auf die Frage, ob das US-amerikanische Embargo gegen den Irak, das eine halbe Million irakischen Kindern das Leben gekostet hat, diesen Preis wert gewesen sei, hat diese geantwortet: „Es ist diesen Preis wert“.

Ich meine, dass Frauen in diese Ämter gehören, die sagen würden: Moment mal, bevor hier Militär eingesetzt wird, wollen wir doch erst mal sehen, was die Frauen in dem anderen Land sagen. Wo ist eigentlich das Problem? Ihr braucht unser Öl. O.k., was bezahlt ihr uns dafür? Krieg ist kein Mittel der Politik. Krieg ist tabu.

Übrigens ein Viertel der Lohnabhängigen sind inzwischen Niedriglöhner, d.h. sie verdienen weniger als 9,54 € Brutto/Std. Auch das ist Krieg, nämlich ein Krieg gegen die Bevölkerung.

Augsburg nennt sich Friedensstadt. Die Friedensstadt Augsburg muss sich den Namen erst verdienen. Im Moment ist Augsburg eine Stadt mit einigen großen Rüstungsbetrieben.

Als Friedensstadt sollte die Stadt über Rüstungskonversion nachdenken. Für einen Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie könnten 2-3 Arbeitsplätze im sozialen Bereich oder im Bildungsbereich geschaffen werden.

Die Stadt hat eine Patenschaft mit einem Kriegsschiff „Fregatte Augsburg“. Die war übrigens auch am Horn von Afrika eingesetzt und fuhr Geleitschutz für US-Kriegsschiffe im Irakkrieg (Anfrage der PDS im Bundestag) – ein absoluter Widerspruch zur Friedensstadt.

Die Nutzung der Universität für die Rüstungsforschung – und das steht mit dem Innovationspark ins Haus – wäre ein absoluter Widerspruch zum Titel Friedensstadt. Wir brauchen dringend eine Zivilklausel für die Universität, die den Namen auch verdient und die militärische Forschung an der Universität verhindert.

Die Stadtratsgruppe der Linken besteht im Moment aus zwei Männern.

Diese sind zwischen 35 und 40 Jahre alt, alleinstehend, haben keine Kinder, sind nicht in einem lohnabhängigen Arbeitsverhältnis beschäftigt, und sind ohne Migrationshintergrund. Dies ohne Wertung, rein statistisch betrachtet. Aber damit besteht unsere Stadtratsgruppe zu 100 % aus Menschen, die nur einen kleinen Teil der gesamten Stadtgesellschaft widerspiegeln. D.h. auch: Wir repräsentieren im Stadtrat keine Migranten, keine Frauen, keine Rentner, keine Familien und keine Jugendlichen. Darüber sollten wir nachdenken.

2. Nächste Frage:

Warum gibt es nicht mehr Frauen im Kreisverband der Linken in Augsburg? Und ich meine aktive Frauen. Warum arbeiten nicht mehr im Kommunal-AK mit? Warum sind nicht mehr Frauen im Vorstand? Ist es zu langweilig, zu schwierig, keine Zeit, keine Lust? Oder liegt es an den Strukturen: Gefällt ihnen die Hierarchie nicht, die Arbeitsaufteilung? Vielleicht sollten wir mal eine Umfrage im KV machen und Vorschläge einsammeln für Änderungen.

Vielleicht brauchen wir ein Rhetorikseminar für Frauen, dann sollten wir das machen.

3. Nächste Frage:

Warum geht es in einer politischen Partei oft, zu oft um Machtfragen? Sprich: Wer kriegt welche Ämter und Mandate?

Warum geht es nicht um Strukturfragen? Heißt: Wie ist was organisiert – wie komme ich/wir mit optimaler demokratischer Willensbildung zu einem funktionsfähigen und kompetenten **Team**?

Wie erwerben wir Kompetenzen für politisches Handeln?

Wie machen wir öffentliche Kommunikation? Am Infostand stehen und reden mit Leuten ist nichts anderes.

Wie finden wir zu einem Kompetenzerwerb durch Gruppenintelligenz?

Kreativität entwickeln und umsetzen in brauchbare Vorschläge, Konzepte mündend in konkrete Anträge – mehr Input ist mehr Output.

Wenn eine Machtfrage gestellt wird – sollte die eigentlich nur heißen: Wer macht was?

Wie machen wir konkrete Politik?

Wie machen wir Kampagnen, Infostände, Flyer?

Wie macht sich die Linke einen Namen – so dass die Leute nicht sagen: Och ja die Linke, sind ja ganz nett, das mit der Reichensteuer gefällt mir auch aber sonst? Wo sind die eigentlich? Ach so, die sind im Stadtrat! Was – das habe ich gar nicht gewusst, man hört ja auch nix von denen.

Die Menschen müssen sagen: Ach ja die Linke, was die immer für tolle Ideen haben – manche sind vielleicht nicht gleich durchsetzbar – aber man redet darüber.

Wie wäre es z.B. mit einer Kampagne für kostenfreie Nutzung des ÖPNV – andere Städte haben so etwas. Für den Anfang die Benutzung von Bus und Tram in der City kostenfrei für alle und ein Sozialticket für Menschen mit geringerem Einkommen.

Das würde den Autoverkehr sicher eher reduzieren als alle Konzepte über Mautgebühren.

Oder eine Kampagne für mehr Öffentlichkeit der Entscheidungen im Stadtrat – Schluss mit dem Maulkorb für Stadträte! Was soll das, dass die nicht drüber reden dürfen, wenn ein „Investor“ sich ankündigt. So wie ein kleiner Vogel – „pscht ... da muss man ganz leise sein, damit wir ihn nicht verscheuchen, sonst fliegt er wieder weg.“

Oder eine Kampagne für gewählte Regionalparlamente – mit einer regionalen Verwaltung, die berechtigt ist, Umlagen zu erheben und einen eigenen Haushalt hat.

Dann wäre Schluss mit dem Problem Speckgürtel – das Umland profitiert aber will nichts zahlen. Infrastruktur wird zur Verfügung gestellt in der Großstadt/Kleinstadt. Vielleicht käme es dann auch endlich zur Verwirklichung des Schienennahverkehrsplans.

Oder für Tariftreueregulungen bei öffentlicher Auftragsvergabe und mehr Mitbestimmung der Handwerksbetriebe und deren Arbeitnehmer in der Kommune – z.B. ein Gewerbeförderausschuss der Handwerkskammer wie es der DGB vorschlägt.

Und nicht zuletzt der größten Skandal derzeit: Wohnen muss bezahlbar sein!

Ein Mietspiegel allein wird nicht reichen. Abgesehen davon, dass ein Mietspiegel auch die Mieten in die Höhe treiben kann. Eine Studie über den Bedarf an Sozialwohnungen und die Zahl der Anspruchsberechtigten wäre angebracht. Es muss dringend etwas geschehen im Sozialwohnungsbau. Bitte beachtet den Unterschied: Das ist was anderes als sozialer Wohnungsbau, der privaten Unternehmen gehört. Die Sozialwohnungen gehören der Stadt und damit der Allgemeinheit. Es muss was geschehen bei der „Zweitmiete“, das heißt in erster Linie, die Energie muss bezahlbar sein.

Wenn die Wirtschaftsreferentin der Stadt, Frau Eva Weber, in Münchner Zeitungen anonciert und für billigeres Wohnen in Augsburg wirbt, ist das ein Skandal. Denn gleichzeitig bekommen in Augsburg nur 2 % der bedürftigen Familien eine ihrem Einkommen entsprechende Wohnung. Nach

einer Studie der Bertelsmannstiftung (Keck-Studie: Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder) stehen für Haushalte, die weniger als 60 % des ortsüblichen mittleren Einkommens haben – also als prekär, heißt arm, gelten – nur 12 % des Wohnungsangebots im Bundesdurchschnitt zur Verfügung. In München ist es nur 1 % des Wohnungsangebots, in Augsburg sind es 2 %.

Deswegen tritt die Linke auch für eine Mindestrente von 1050 EUR ein – das ist nach der Statistik die Armutsgrenze.

Wenn die WBG (nach Angaben des Wirtschaftsreferats) zur Zeit 100 öffentlich geförderte Wohnungen baut und 200 modernisiert, sind das zu wenig.

Weiteres Thema:

Kinder aus einkommensschwachen Schichten: Nach dem letzten Augsburger Bildungsbericht ist für diese Kinder eine Sprachförderung mindestens ebenso wichtig wie für Migrantenkinder.

Fehlt im Elternhaus die Unterstützung, sei es weil die Eltern „keine Zeit“ haben, wie die Kinder es selber ausdrücken – das kann heißen, weil sie mehrere Jobs haben oder weil sie wegen Arbeitslosigkeit/Familienkrise motivationslos sind – führt dies dazu, dass ihre Kinder weniger Chancen im Bereich Bildung haben.

Lesen z.B. muss geübt werden. Kinder im Kleinkindalter sind von Natur aus neugierig und wollen die Welt entdecken, dazu brauchen sie Unterstützung. Wo das Elternhaus dies nicht leisten kann, muss ein Ersatz geschaffen werden. Kinder dürfen nicht aus „sozio-ökonomischen“ Gründen ausgegrenzt werden.

Kindertagesstätte, Kinderkrippe und Kindergarten müssen für Menschen, die kein Geld haben, umsonst sein.

20 % der Kinder in Augsburg sind weniger als zwei Jahre in einer Kindertagesstätte oder einer ähnlichen Einrichtung – das sind eindeutig zu viele Kinder.

Sprachförderung muss es auch für Kinder ohne Migrationshintergrund geben, die aus anderen Gründen Bedarf haben (Familienkrisen, Arbeitslosigkeit).

Der Ansatz für eine Förderung im Kindes- und Schulalter muss im Quartier erfolgen, am besten über die Mütter, aber auch über freie Sozialarbeiter (mehr Stellen) und Sozialarbeiter an den Schulen.

Die Einbindung und Motivation der Eltern geht nur über Sozialarbeit.

Eine frühzeitige Unterstützung bei der Suche nach dem richtigen Beruf und bei der Bewerbung würde verhindern, dass zahlreiche Jugendliche in Warteschleifen (sprich Praktika, Berufsbildungsjahr) abhängen bis sie dann nach irgendeinem Notnagel greifen.

Das Konzept der „Stadtteilmütter“, die es im Moment bei den Migrantinnen gibt, müsste auch auf andere Gruppen (sozial Schwache) ausgeweitet werden.

Wenn wir etwas verändern wollen, also den gesellschaftlichen Reichtum umfairteilen, fair/gerecht verteilen, müssen wir uns um politisches Handeln bemühen, also öffentlich, raus aus dem Wohnzimmer. Wir begeben uns damit auch auf einen Weg oder eine Reise, wo erst mal unsicher ist, ob wir das Ziel erreichen. Das Ziel ist eine Solidargemeinschaft, die jedem ein Recht gibt auf Wohnen, Arbeit ohne Armut, Bildung etc. Die Reise ist auf jeden Fall spannend und interessant.

Und ganz wichtig: Allein reisen macht keinen Spaß, ist langweilig. Deshalb wünsche ich mir ganz viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter und auch weiterhin ganz viele aufregende Diskussionen, die uns auch weiterbringen. Bei der Auseinandersetzung mit den anderen lernt man oder frau bekanntlich am meisten.

Danke für eure Aufmerksamkeit